

P R E S S E M I T T E I L U N G

Berlin, 8. Juni 2020

Studie bestätigt Versorgungsengpass

2025 wird die Zeitungszustellung in 40 Prozent aller Gemeinden nicht mehr wirtschaftlich sein

Stark steigende Kosten für die Zustellung von Abonnementzeitungen bei zugleich sinkenden Stückzahlen gefährden den Zugang zur gedruckten Tageszeitung in Deutschland dramatisch. Dies zeigte der Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV) heute in Berlin auf und stellte dabei die Ergebnisse einer aktuellen Studie der Unternehmensberatung Schickler vor, die der BDZV in Auftrag gegeben hatte.

Laut Studie konnten die Verlagshäuser im Jahr 2014 noch alle (rund 11.000) deutschen Gemeinden zu betriebswirtschaftlich sinnvollen Konditionen mit Abonnements beliefern. Heute ist dies für fast 720 Gemeinden bereits nicht mehr der Fall. In fünf Jahren wären von dem Versorgungsengpass bereits 4.400 Gemeinden betroffen – dies entspricht rund 40 Prozent aller deutschen Gemeinden. Der Versorgungsengpass entwickelt sich gemäß den von Schickler vorgelegten Zahlen rasant.

„Insbesondere ältere Leserinnen und Leser sind nicht bereit oder in der Lage, von der gedruckten auf die digitale Version umzusteigen“, erklärte dazu BDZV-Hauptgeschäftsführer Dietmar Wolff. Ohnehin laufe ein Verweis auf die vorhandenen digitalen Angebote der Zeitungen ins Leere, weil es bis heute in Deutschland vielerorts an der notwendigen Netzabdeckung mangle. Mit Blick auf digitale Bezahlangebote der Zeitungen machte Wolff weiter deutlich, dass es eine Übergangslücke von mindestens fünf Jahren geben werde, „die es für die Verlage zu überstehen gilt, bis das digitale Geschäftsmodell greift“. In dieser Übergangszeit bilde die Zustellung der gedruckten Exemplare weiterhin das wirtschaftliche Rückgrat der deutschen Zeitungen.

Die Zustellkosten für die Verlage belaufen sich jährlich auf rund 1,36 Milliarden Euro. Laut Schickler werden die Kosten weiter ansteigen und 2025 bei etwa 1,77 Milliarden Euro liegen. Demgegenüber sinken die Einnahmen der Verlage seit Jahren. Die Mitglieder des Deutschen Bundestags haben die gesellschaftspolitische Relevanz der flächendeckenden Versorgung mit Zeitungen zwar grundsätzlich erkannt. Die im Bundeshaushalt erstmals errichtete Förderung in Höhe von nicht einmal 1 Cent pro ausgetragenen Zeitungsexemplar steht nach Ansicht des BDZV jedoch in keinem Verhältnis zum tatsächlichen Problem. Die Zustellung eines Exemplars verursacht Kosten von durchschnittlich 45 Cent.

„Als systemrelevante Infrastruktur sichert die Zeitung die mediale Grundversorgung der deutschen Bevölkerung,“ sagte Wolff. Wie wichtig dies ist, sei gerade in der Corona-Krise wieder deutlich geworden. Eine nachhaltige Unterstützung des flächendeckenden Zugangs zu gedruckten Zeitungen sollte den handelnden Politikern nicht weniger förderwürdig sein als die der Computerspiele- oder Filmindustrie, so Wolff. Letztere erhalten jährlich zusammen knapp 250 Millionen Euro Unterstützung vom Staat – und damit über 22 Mal so viel, wie es für die Unterstützung der Zeitungszustellung vorgesehen ist

[Die 60 Seiten umfassende Schickler-Analyse](#) kann einschließlich einer begleitenden [Kurzpräsentation](#) auf der Website des BDZV abgerufen werden.

Kontakt:

BDZV, Alexander von Schmettow, Leiter Kommunikation, Telefon 030/726298-210, E-Mail schmettow@bdzv.de.

Folgen Sie uns auf Twitter [@BdzyPresse](#) und Instagram [bdzv.de](#)